

# Bundestagswahl 2025

Wahlperiode 2025 bis 2029



**Kernanliegen des Deutschen Bauernverbandes  
zur Bundestagswahl 2025**  
Landwirtschaftsstandort Deutschland sichern!



## Vorbemerkung

Wirtschaft und Landwirtschaft in Deutschland brauchen eine andere Politik. Selten waren sich Experten, Unternehmer, Wirtschaftsverbände sowie große Teile der Verbraucher- und Bürgerschaft so einig in der Diagnose, dass Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sich dramatisch verschlechtert haben. Auch bei der Analyse der Ursachen herrscht große Übereinstimmung: Bürokratie, Überregulierung, innere und äußere Sicherheit, Energiekosten, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik sind die Problemfelder, die die nächste Bundesregierung dringend angehen muss, um aus der strukturellen Rezession ausbrechen zu können. Auch und gerade für die Agrar- und Ernährungswirtschaft trifft diese Analyse zu. Die zurückliegenden Jahre haben mit einer Vielzahl von vor allem nationalen politischen und gesetzgeberischen Entscheidungen zum Verlust der Wettbewerbsfähigkeit im europäischen Markt, zu einem Einbruch der Investitionen, zur Verlagerung der landwirtschaftlichen Erzeugung und damit zum Ausstieg vieler Betriebe geführt. Darunter leidet schlussendlich auch die Fähigkeit zur nachhaltigen Weiterentwicklung des Sektors und zur Bewältigung der Herausforderungen rund um Versorgungssicherheit, Klimawandel, Biodiversität und Ressourceneffizienz.

Vor diesem Hintergrund braucht es ein klares Signal des Aufbruchs für unser Land, und einen echten Wechsel zu einer Standortpolitik pro Landwirtschaft und pro Tierhaltung. Unsere Bauernfamilien benötigen einen politischen Rahmen, der ihnen wieder eine Perspektive gibt. Landwirtschaftliche Unternehmen stärken die Wirtschaftskraft und Vitalität ländlicher Räume. Die Wertschöpfungskette Landwirtschaft und Ernährung steht für 4,6 Millionen Arbeitsplätze – dieser volkswirtschaftlichen Bedeutung muss die nächste Bundesregierung gerecht werden.

Überall auf der Welt sind in den zurückliegenden Jahren Krisenherde neu entstanden oder wieder aufgeflammt. Das gesamtgesellschaftliche demokratische Selbstverständnis ist nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Staaten ernsthaft ins Wanken geraten. Als überzeugte Europäer und Demokraten treten wir gemeinsam für unsere Werte ein und grenzen uns klar von jeglicher Radikalisierung ab. Gleichzeitig erwarten wir eine Politik, die Vorschläge und Expertise der Praxis ernst nimmt, aufgreift und in die Gesetzgebung einfließen lässt. Nur so können wir mit pragmatischen Maßnahmen Zukunft gestalten und so kann Politik Vertrauen bei Landwirtinnen und Landwirte und allen Bürgerinnen und Bürger zurückgewinnen.

Der Deutsche Bauernverband (DBV) setzt sich für eine starke und handlungsfähige Europäische Union ein. Die gemeinsame Währung und der gemeinsame Binnenmarkt sind von entscheidender Bedeutung für die deutsche Land- und Forstwirtschaft. Als der wichtigste Absatzmarkt für land- und forstwirtschaftliche Produkte ist Europa ein unverzichtbarer Bestandteil unserer wirtschaftlichen Basis. Gleichzeitig sehen wir, dass die Landwirtinnen und Landwirte in einem immer enger werdenden Spannungsfeld zwischen steigenden Kosten und hohem Preisdruck arbeiten. Der Wettbewerbs- und Preisdruck in der Lebensmittelkette wird durch die ständige Zunahme staatlicher Auflagen und den

verminderten Außenschutz der Agrarmärkte verschärft. Trotz dieser Herausforderungen stellt sich die deutsche Land- und Forstwirtschaft den dringenden Aufgaben des Klima- und Umweltschutzes, der Gewährleistung von Ernährungssicherheit und will eine Brücke zwischen Land- und Forstwirtschaft, Gesellschaft und Verbrauchern schlagen. Wandel und Weiterentwicklung waren bisher eine Konstante für die Land- und Forstwirtschaft in Deutschland. Den Weg zu mehr Nachhaltigkeit und mehr Ressourceneffizienz wollen wir aus eigenem unternehmerischen Interesse weitergehen – aber dafür braucht es auch die Unterstützung der Politik. Wir erwarten Wertschätzung und eine Honorierung unserer Leistungen, Verlässlichkeit und einen Dialog auf Augenhöhe.

Ländliche Räume und deren Entwicklung – maßgeblich mitgetragen von dem wichtigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Netzwerk der Landwirtschaft und der Bauernfamilien – sind Garanten der gesellschaftlichen Stabilität. Die politische Kompetenz für die Belange der Land- und Forstwirtschaft sowie der ländlichen Räume sollte daher in einem Ressort der zukünftigen Bundesregierung gebündelt werden. Ein solches „Zukunftsministerium“ sollte über die bisherigen Aufgaben des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft hinaus Kompetenz und Zuständigkeit für sämtliche Fragen der Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsverhältnisse im ländlichen Raum unter einem Dach bündeln. Nur so kann es gelingen, die Menschen in den ländlichen Räumen wieder zu erreichen und die Demokratie sowie die gesellschaftliche Teilhabe in diesen Regionen zu stärken.

Eine starke heimische Land- und Forstwirtschaft im Haupt- und Nebenerwerb ist ein Schlüsselfaktor für Versorgungs- und Ernährungssicherheit. Die deutsche Landwirtschaft erzeugt mit vielfältigen Strukturen und Betrieben, die von bäuerlichen Unternehmerinnen und Unternehmern getragen werden, hochwertige und sichere Nahrungsmittel, nachwachsende Rohstoffe und Energie. Dabei stellen sich die Landwirtinnen und Landwirte dem Markt und der Verbrauchernachfrage. Der Vorrang für eine vielfältige Ernährung mit tierischen und pflanzlichen Lebensmitteln – am besten aus regionaler Erzeugung – muss umgesetzt werden. Dazu zählt auch ein einheitliches und verbindliches europäisches System zur Tierhaltungs- und Herkunftskennzeichnung. Die Möglichkeit für Mitgliedstaaten, verpflichtende Kennzeichnungssysteme einzuführen, muss sofort geschaffen werden. Ernährung ist und bleibt eines der wichtigsten Individualrechte des Menschen. Sie muss zusammen mit einer gut funktionierenden Lebensmittelversorgungskette innerhalb des EU-Binnenmarktes höchste politische Priorität bekommen. Aus diesem Grund schlagen wir vor, die Ernährungssicherheit in die Reihe der Schutzgüter des Grundgesetzes aufzunehmen und damit diesen Grundstein für sozialen Frieden, wirtschaftliche Entwicklung und menschliches Wohlbefinden angemessen zu berücksichtigen.

Angesichts dieser grundsätzlichen Forderungen besteht in den nachfolgend aufgeführten Politikfeldern Handlungsbedarf, um Landwirtschaft in Deutschland eine Zukunft zu geben.





## 1. Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit im europäischen Binnenmarkt

Die Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft in Deutschland ist in den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten kontinuierlich unter Druck geraten. Angestiegen sind die Belastungen durch Bürokratie, nicht sinnvolle Kontrollen und Regularien, aber vor allem durch nationale Sonderregelungen. Dies schwächt die heimische Landwirtschaft im europäischen Wettbewerb zunehmend. Der DBV fordert daher ein umfassendes Bürokratieentlastungs- und Wettbewerbsstärkungsprogramm. Dazu gehören insbesondere eine tragfähige Lösung beim Agrardiesel, praktikable Regelungen im europäischen Gleichklang sowie eine Vereinfachung und Beschleunigung von Genehmigungs- und Planungsverfahren.



## 2. Eine ernstgemeinte und wirksame Initiative zur Entbürokratisierung

Bürokratieabbau ist eine politische Führungsaufgabe und muss mit der Streichung von Vorschriften und mit dem Abbau von überzogenen Statistik-, Dokumentations- und Nachweispflichten einhergehen, die Quelle und Treiber von Bürokratie sind. Bürokratie belastet die landwirtschaftlichen Betriebe und bremst sie im europäischen Wettbewerb aus. Digitalisierung muss zum Bürokratieabbau beitragen. Allerdings ergibt es keinen Sinn, überflüssige Vorschriften und komplizierte Verfahren ohne Mehrwert digital abzubilden. Besonders notwendig ist der Rückbau von Regelungen im Bau- und Immissionschutzrecht. Dazu zählt ein verbindlicher Tierwohlvorrang im Genehmigungs- und Immissionschutzrecht sowie die Streichung zusätzlicher Anforderungen nach der TA-Luft. Zielkonflikte zwischen Tierwohl und Umweltschutz müssen gelöst werden, um Hemmnisse beim Tierwohlstallbau zu beseitigen. Nicht zielführende Kontrollen und Meldepflichten, doppelte Regularien sowie komplizierte Antrags- und Genehmigungsverfahren im Umwelt- und Baurecht aber auch im Steuer-, Arbeits- und Sozialrecht müssen vermieden werden. Hierzu hat der DBV ein umfangreiches [Forderungspapier](#) zur Entlastung der landwirtschaftlichen Betriebe sowie zum Bürokratieabbau vorgelegt.



## 3. Eine starke europäische Agrarpolitik

Der DBV bekennt sich zur Europäischen Union. Binnenmarkt, Zollfreiheit, der Schengen-Raum und der Euro schaffen Wohlstand und wirtschaftliche Weiterentwicklung. Um diese Erfolge zu sichern, fordert der DBV die neue Bundesregierung auf, künftig deutlich klarer, entschiedener und aktiver in Brüssel zu agieren und der Führungsrolle Deutschlands in der EU gerecht zu werden. Für eine flächendeckende und erfolgreiche Landwirtschaft in Deutschland und Europa ist eine starke EU-Agrarpolitik mit einer gut ausgestatteten 1. Säule unverzichtbar. Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ist der Eckpfeiler der europäischen Integration. Sie sorgt für wirtschaftliche Stabilität der Betriebe in offenen und volatilen Märkten, unterstützt deren Wettbewerbsfähigkeit, fördert eine nachhaltige und flächendeckende Bewirtschaftung und stärkt die Attraktivität und Vitalität der ländlichen Gebiete. Die GAP ist zudem Garant für einen funktionierenden EU-Binnenmarkt, der gut 450 Millionen Verbrauchern eine einzigartige, preiswerte und sichere Vielfalt und Qualität an Lebensmitteln bietet. Entscheidend dafür ist, dass das Budget des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR 2028-2034) deutlich erhöht wird. Ein robustes Agrarbudget ist wichtig, um die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft zu sichern und die vielfältigen Herausforderungen der kommenden Jahre zu bewältigen. Mit Blick auf Handelsabkommen kann die europäische Landwirtschaft nur bestehen, wenn Instrumente und Mechanismen entwickelt werden, mit denen die Unterschiede zwischen internationalen und europäischen Umwelt-, Klima- und Tierwohlstandards ausgeglichen werden. Zwingend erforderlich ist es daher, die hohen europäischen Standards in Abkommen zu verankern.

## 4. Tierhaltung am Standort Deutschland in die Zukunft führen

Die Nutztierhaltung ist eine der tragenden Säulen einer nachhaltigen, auf Kreisläufe ausgerichteten Landwirtschaft. Das gilt sowohl für konventionelle als auch ökologisch wirtschaftende Betriebe. Die deutschen Landwirte stehen für eine nachhaltige und tierwohlorientierte Nutztierhaltung. Es gilt nun, die Weichen zu stellen, um diesen systemrelevanten Sektor zukunftsfähig aufzustellen. Dazu benötigen wir ein umfassendes Paket zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Nach wie vor bestehen hohe Veränderungserwartungen an die Nutztierhaltung, denen nur entsprechen werden kann, wenn wirtschaftliche Tragfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit im europäischen Binnenmarkt gewährleistet sind. Es ist zwingend notwendig, praxistaugliche Lösungen für die Umsetzung bei gesetzlichen Verschärfungen und höheren Tierwohlstandards zu berücksichtigen. Dazu braucht es ein inhaltlich und finanziell tragfähiges Gesamtkonzept für die Weiterentwicklung der deutschen Tierhaltung, um in allen Produktionsrichtungen einen substantiellen Anteil der heimischen Erzeugung zu sichern. Dies muss unter Einbeziehung der aktuellen gesamtwirtschaftlichen Situation und des realen Verbraucherverhaltens erfolgen. Zudem sind die Dauergrünlandstandorte in Deutschland in vielerlei Hinsicht von besonderem Wert und müssen Gegenstand gezielter Förderung sein.



## 5. Leistungen der Land- und Forstwirtschaft beim Klimaschutz honorieren und Erneuerbare Energien fördern

Die Land- und Forstwirtschaft steht vor der Herausforderung, ihre Effizienz zu steigern und gleichzeitig Treibhausgasemissionen zu reduzieren, ohne die weltweite Ernährungssicherung zu gefährden. Aufgrund der engen Verbindung von Landwirtschaft und Natur sind Emissionen meist unvermeidlich und entstehen durch natürliche Prozesse. Besonders im internationalen Vergleich gilt die deutsche Landwirtschaft bereits als sehr klimaeffizient, weshalb die Produktion nicht weiter verlagert werden darf und ein Überführen des landwirtschaftlichen Sektors in ein EU-THG-Emissionshandelsmodell abgewendet werden muss. Der DBV fordert zudem wissenschaftlich fundierte und realistische Klimaziele sowie eine Anerkennung der Landwirtschaft als ein ineinandergreifendes System, bei dem verschiedene Produktionszweige wie Ackerbau, Tierhaltung und Grünlandwirtschaft gemeinsam betrachtet werden müssen. Ein wichtiger Ansatz zur Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen ist das sogenannte Carbon-Farming, bei dem Kohlenstoff langfristig in Böden und Biomasse gebunden wird. Der DBV setzt sich für eine Förderung solcher Maßnahmen sowie für unbürokratische Anreizsysteme ein. Die Landwirtschaft und die ländlichen Räume nehmen mit dem regionalen Anbau von Rohstoffen für Biokraftstoffe sowie der Erzeugung von Strom, Wärme und Gas in Biogas-, Wind- und PV-Anlagen eine Schlüsselrolle in der Energiewende ein. Um die gesellschaftliche Akzeptanz dieser Entwicklung zu sichern, muss die Wertschöpfung in den ländlichen Regionen verbleiben. Gleichzeitig erfordert der Klimawandel Anpassungsstrategien in der Landwirtschaft, etwa durch Innovationen in der Züchtung oder den Ausbau von Bewässerungssystemen. Präventionsmaßnahmen und flexible politische Rahmenbedingungen sind entscheidend, um die Resilienz der Landwirtschaft gegenüber Extremwetterereignissen und neuen Krankheitserregern zu stärken. Ein zentrales Ziel des Klimaschutzes muss neben den Prinzipien der Sparsamkeit und Ressourceneffizienz allen voran der konsequente Ausbau der Bioökonomie, das heißt der weitestgehende Ersatz fossiler Rohstoffe in der industriellen und handwerklichen Fertigung – stoffliche und energetische Nutzung – durch biogene, nachwachsende Rohstoffe der Land- und Forstwirtschaft sein.



## 6. Biodiversität und Naturschutz ohne Ordnungsrecht und Verbotspolitik

Bei jeglichen Maßnahmen zur Biodiversität in der Agrarlandschaft bedarf es eines klaren und gesetzlich geregelten Vorranges für kooperative Maßnahmen anstelle von Ordnungsrecht und Verbotspolitik. Flächenbezogene Biodiversitätsanforderungen müssen dauerhaft honoriert werden. Besonderes Augenmerk gilt dem Vertragsnaturschutz als Erfolgsmodell sowie der Bedeutung von Landschafts- und Wasserschutzgebieten für den Erhalt natürlicher Lebensräume. Diese müssen Vorrang vor ordnungsrechtlichen Maßnahmen haben. Darüber hinaus muss der Erhalt streng geschützter Arten in Kooperation mit den Landnutzern erfolgen. Angesichts der exponentiellen Ausbreitung des Wolfes und einer ungebremsten Zunahme der Probleme durch Wolfsrisse bedarf es einer deutlichen Reduzierung des Wolfsbestandes. Ebenso dürfen die Landwirte mit den durch andere geschützte Tierarten, wie z. B. Biber und Saatkrähen, verursachten Millionenschäden nicht allein gelassen werden. Die neue Bundesregierung muss sich zu einer selbstbestimmten Land- und Waldbewirtschaftung nach dem Grundsatz Schützen durch Nützen bekennen. Zudem sollte das Wiederansiedeln weiterer Prädatoren wie dem Luchs mit entsprechendem Augenmerk auf die Auswirkungen auf die Landwirtschaft und die betroffenen Regionen erfolgen.



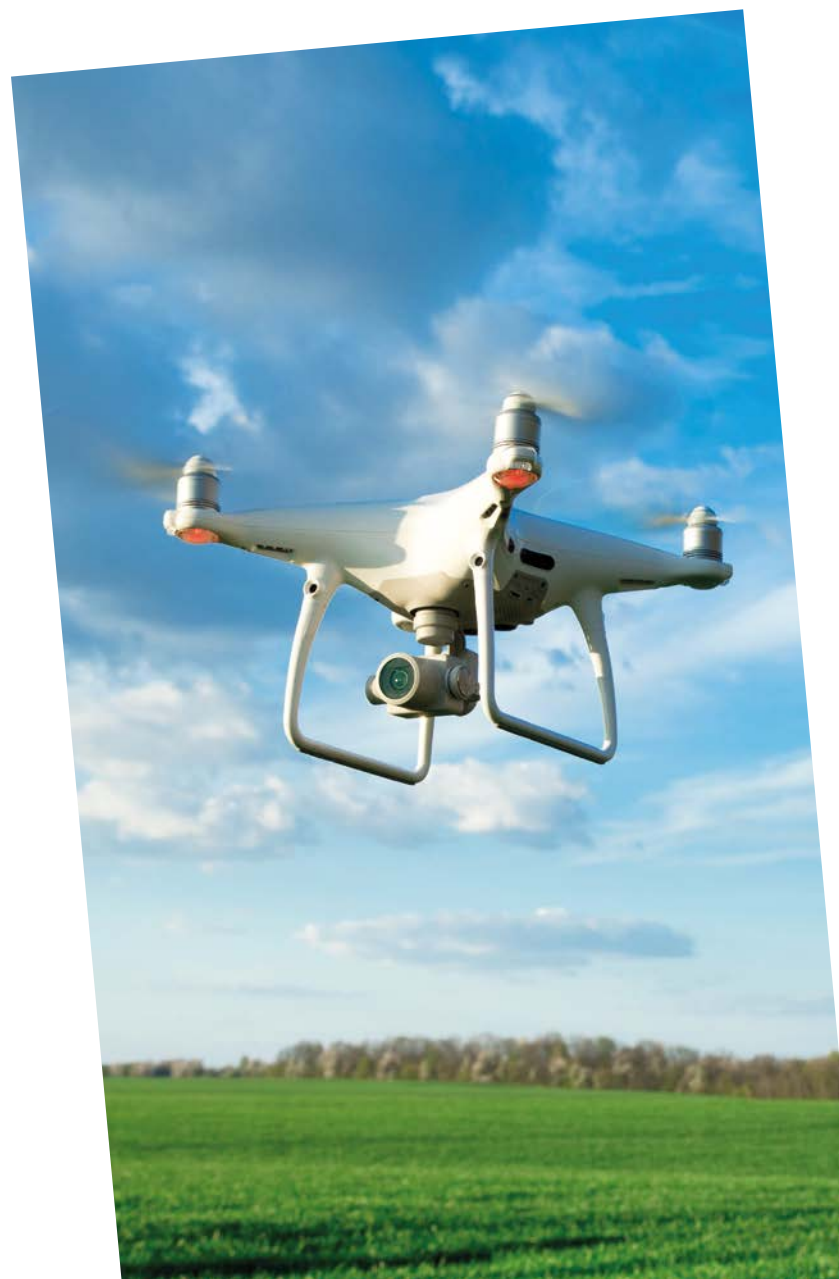
## 7. Substanz fördern statt belasten – Steuer-, Sozial- und Eigentumpolitik

Die langfristige Fortführung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe muss im Fokus der Steuerpolitik und der agrarsozialen Sicherung stehen. Steuer- und Abgabenlasten, die in die Substanz der Betriebe eingreifen, sind abzulehnen. Die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer lehnen wir daher entschieden ab. Diese Ablehnung gilt auch für etwaige weitere Reformbestrebungen bei der Erbschaftssteuer zulasten der Landwirtschaft. Denn für landwirtschaftliche Betriebe ist eigener Grund und Boden nicht nur Standort, sondern zugleich Produktionsfaktor. Eine zusätzliche Belastung bäuerlichen Vermögens führt zu einer enormen Gefährdung der Betriebe und ist daher grundsätzlich zu verhindern. Zudem ist das Management von Risiken in der Land- und Forstwirtschaft eine zentrale Zukunftsaufgabe und muss in der steuerlichen Gestaltung sowie bei Versicherungslösungen zwingend besser berücksichtigt werden. Aus Sicht der Branche darf es nicht bei steuerrechtlichem Placebo bleiben – insbesondere muss die Möglichkeit für eine langfristige steuerfreie Risikoprüfung für alle juristischen Betriebsformen realisiert werden. Maßgebend sollte eine steuerpolitische Flankierung für die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe sein. Im Besonderen gilt, dass das eigenständige landwirtschaftliche Sozialversicherungssystem sich bewährt hat, akzeptiert ist und erhalten bleiben muss. Um ein weiteres Abwandern der Produktion in andere EU- oder Nicht-EU-Staaten zu verhindern, ist eine Ausnahme vom gesetzlichen Mindestlohn für den Sektor Landwirtschaft einzuführen. Zudem sind auch im Arbeitszeitrecht flexiblere Gestaltungsmöglichkeiten dringend erforderlich, um Arbeitsleistung zu entzerrern und besser gestaltbar zu machen. Darüber hinaus ist die Stärkung von Unternehmerinnen in der Landwirtschaft dringend erforderlich. Sie brauchen nicht nur eine starke politische Stimme, um ihre Rolle nachhaltig zu stärken, sondern auch passende politische Rahmenbedingungen. Dazu zählt insbesondere die finanzielle Unterstützung von Frauen während der Schwangerschaft und des Mutterschutzes.



## 8. Ressourcenschonende und innovative Landwirtschaft

In einer ressourcenschonenden und innovativen Landwirtschaft müssen nachhaltige Verfahren und Praktiken gefördert werden, die sowohl den Erhalt von Grund und Boden sichern als auch den technologischen Fortschritt nutzen. Dabei ist es entscheidend, neue Lösungen zu unterstützen, die der Landwirtschaft helfen, effizienter und noch nachhaltiger zu wirtschaften. Die bedarfsgerechte Düngung, der Schutz von Pflanzen sowie die Stärkung der Pflanzenzüchtung sind dabei zentrale Elemente, um sowohl ökologische als auch ökonomische Ziele langfristig zu erreichen. Moderne Technologien und zukunftsorientierte Ansätze ermöglichen eine umweltfreundliche und gleichzeitig produktive Landwirtschaft. Hier braucht es ein Mehr an Technologieoffenheit. Im Düngerecht ist im Sinne der Verursachergerechtigkeit eine einzelbetriebliche und standortgerechte Differenzierung der Anwendungsvorschriften unabdingbar. Die Umsetzung eines Programms mit Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Wirkstoffpalette beim Pflanzenschutz, Beschleunigung, europäischen Harmonisierung sowie Vereinfachung der Pflanzenschutzzulassung und zur Förderung innovativer Pflanzenschutzverfahren, welches auf die anstehenden Herausforderungen der Landwirtschaft im Bereich Klimawandel, Versorgungssicherheit und Sicherung der Qualität der Ernten ausgerichtet ist.



## 9. Landwirtschaft in der Wertschöpfungskette stärken

Die Europäische Union muss der Maßstab sein, wenn es darum geht, die Landwirtschaft innerhalb der Wertschöpfungskette zu stärken und ihr eine faire Marktposition zu sichern. Durch die konsequente Durchsetzung von Kartell- und Wettbewerbsrecht sowie durch die Förderung von Erzeugerzusammenschlüssen kann die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft gestärkt werden. Ziel muss es sein, die Landwirtschaft als zentralen Akteur im Wirtschaftskreislauf zu fördern und langfristig zu stabilisieren.

## 10. Zukunft und ländliche Räume für junge Unternehmerinnen und Unternehmer stärken

Deutschlands ländliche Räume sind zentrale Lebens- und Wirtschaftsräume. Sie sind Heimat für mehr als die Hälfte der Bevölkerung und Standort von 56 % der Unternehmen. Die ländlichen Regionen erbringen fast die Hälfte der deutschen Wirtschaftsleistung und stellen 60 % der Ausbildungsplätze. Zudem sind sie Treiber bei wichtigen Zukunftsthemen wie wirtschaftliche Innovationen, Energiewende, nachhaltige Ernährungssicherung sowie Natur-, Klima- und Hochwasserschutz.

Für eine positive Entwicklung ländlicher Räume sind unternehmerische Freiräume, flächendeckende leistungsstarke Infrastrukturen, die Förderung von Investitionen und Innovationen sowie die Aus- und Weiterbildung junger Unternehmerinnen und Unternehmer entscheidend. Regionale Ungleichheiten und eine unzureichende Daseinsvorsorge gefährden das Vertrauen in demokratische Institutionen. Der DBV fordert, dem entgegenzuwirken und für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen zu sorgen. Grundsätzlich gilt, eine nachhaltige Erzeugung von Lebens- und Futtermitteln sowie nachwachsenden Rohstoffen ist nur mit Agrarforschung und Innovationsförderung realisierbar. Dazu braucht es im Besonderen eine verlässliche Haushaltsausstattung.




**Deutscher Bauernverband e.V.**

Claire Waldoff-Straße 7  
10117 Berlin

Telefon: 030319040 | [www.bauernverband.de](http://www.bauernverband.de)

 Die Deutschen Bauern

 @diedeutschenbauern

 Deutscher Bauernverband e.V.

 @DieDeutschenBauern



#### Bildnachweise

Adobe Stock: chocostar (S. 1, 8), 123levit (S. 8), hanohiki (S. 3), Jakob (S. 4 rechts), Hasselblad H5D(S. 4 links), Countrypixel (S. 5), Udo Herrmann (S. 6 links), Jürgen Fälchle (S. 6 rechts), photolink (S. 7 links), Annabell Gsödl (S. 7 rechts), stockbusters (S. 8)